



PRESSEMITTEILUNG

September 2019

Grünflächen am Wiesenredder durch Bürgerbeteiligung weiterentwickeln

Die Fraktionen von GRÜNEN und SPD setzen sich dafür ein, dass die Freiflächen am Wiesenredder in Rahlstedt auch nach der Schließung des Freibades für die Bevölkerung öffentlich nutzbar bleiben und als attraktive Grünfläche weiter entwickelt werden.

Jan-Hendrik Blumenthal, Fachsprecher für Stadtplanung der GRÜNEN Fraktion Wandsbek: „Da durch die Strategie der Bäderland GmbH eine weitere Nutzung des Freibades ausgeschlossen ist und auch ein Teilerhalt mit reduziertem Wohnungsbau nicht realistisch erscheint, wollen wir für und mit der Bevölkerung ein attraktives Nutzungskonzept des Areals am Wiesenredder entwickeln. Insbesondere sollen Kinder und Jugendliche an der Planung der öffentlichen Freiflächen mitwirken, wie es das Bezirksamt schon u.a. beim Bebauungsplan Wohldorf-Ohlstedt 19 (Bredenbekkamp) oder bei der Gestaltung des Spielplatzes „Im Wiesengrund“ in Oldenfelde erfolgreich durchgeführt hat. Außerdem möchten wir durch die Behörde für Umwelt und Energie und die Finanzbehörde prüfen lassen, ob zusätzliche Mittel für eine räumlich-qualitative Erweiterung der öffentlich nutzbaren Spiel-, Freizeit- und Begegnungsfläche im Bereich zwischen Wohnbebauung und Stellau bereitgestellt werden können.“

Xavier Wasner, Sprecher für Stadtplanung der SPD Fraktion Wandsbek: „Ein wichtiges Anliegen ist es für uns, dass das neu gestaltete Hallenbad mit Außenbereich im Zentrum von Rahlstedt für viele Bevölkerungsgruppen nutzbar ist. Dazu gehört auch ein günstiger Eintrittspreis. Wir freuen uns daher über die positiven Signale des Finanzsenators, dass eine Ausweitung der ermäßigten Eintrittspreise für das Hallenbad möglich ist. Bisher war angedacht, dass während der Hamburger Sommerschulferien für fünf Jahre ein ermäßigter Preis für das neue Rahlstedter Bad gelten soll. Nun soll es den Freibadpreis im Hallenbad während der gesamten Saison geben von Ende Mai bis Ende August.“

Hintergrund:

GRÜNE und SPD hatten im Juli die Verwaltung aufgefordert, die Überplanung des Freibadgeländes nocheinmal auf den Prüfstand zu stellen und den Alternativvorschlag der Bürgerinitiative mit reduziertem Wohnungsbau und einem Teilerhalt des Freibades zu prüfen. Die Untersuchung durch das Bezirksamt und die Bäderland GmbH hat u.a. ergeben, dass ein Teilerhalt des Freibades aus wirtschaftlichen Gründen, aus Gründen des Lärm- und Naturschutzes und aus Platzgründen nicht realistisch erscheint. Mit einer attraktiven Gestaltung der großen, öffentlich zugänglichen Grünfläche zwischen geplanter Wohnbebauung und Stellau bietet sich die Möglichkeit den Freizeitwert des Areals trotz Schließung des Freibades zu erhalten.